

Soja-Projekt: „Agenda 21 – Stoffstromorientierter Diskurs zur Futtermittelproblematik“

Von Wolfgang Hees

Nach Land-los auch bald Saat-/los – aber nicht ratlos

Die brasilianische Zivilgesellschaft organisiert sich auch im ländlichen Raum angesichts der großen Herausforderungen zunehmend professioneller

Ungleichheit in der Besitzverteilung und gewalttätige Auseinandersetzungen kennzeichnen seit den sechziger Jahren die Situation im ländlichen Brasilien. Doch konnte sich in den letzten 20 Jahren die brasilianische Landlosenbewegung MST auch so stark strukturieren, dass sie heute die wichtigste Opposition zur neoliberalen Politik von Präsident Fernando Henrique Cardoso (FHC) darstellt.

Seine weltmarktorientierte Agrarpolitik, verbunden mit der Privatisierung der Agrarreformpolitik und der Öffnung des Landes für genetisch veränderte Organismen sind neue Herausforderungen, denen sich die organisierte brasilianische Zivilgesellschaft heute stellen muss. Ihre Antworten sind: umfassende Bündnisse, breit angelegte Aufklärung der Bevölkerung, wissenschaftliche Expertise, Mobilisierung und Massenproteste, Kreativität, neue Ansätze und alternative Entwicklungsmodelle.

Bekannt und seit Jahren wenig verändert sind die Fakten von der Situation im ländlichen Brasilien:

- Die Notwendigkeit einer Agrarreform in Brasilien geht aus der ungleichen Landverteilung in Brasilien hervor. 56,4% der landwirtschaftlichen Betriebe verfügen über 5,5% der Gesamtbetriebsfläche Brasiliens, während 1,4 Prozent der größten Betriebe (über 1.000 ha) über 50 % der Landfläche verfügen. (Atlas Fundiário Brasileiro der staatlichen Agrarreformbehörde INCRA, 1996)
- Seit dem Ende der Militärdiktatur 1985 wurden 1.167 Morde an Landarbeitern und Kleinbauern verübt (1998: 47). Bis heute blieben die Täter (überwiegend angeheuerte pistoleiros/Revolvermänner) und ihre Hintermänner (latifundistas/Großgrundbesitzer) fast ausnahmslos straffrei. 1998 gab es nach dem neuesten Bericht der Landpastoral CPT 1.100 Konflikte um Land, von denen 1.125.116 Menschen betroffen waren. Die Zahl der Konflikte stieg damit kontinuierlich seit 1993, so stieg die Zahl der Betroffenen gegenüber dem Vorjahr auf mehr als das Doppelte.
- Nach offiziellen Angaben (IBGE) existieren in Brasilien 4.515.818 landlose Familien, mit rund 18 Millionen Familienmitgliedern. Die Landlosenbewegung MST geht von 4,8 Mio. Familien mit über 24 Mio. Personen aus, die auf der Suche nach Land durch Brasilien ziehen.
- 41 Millionen Brasilianer hungern und leben unterhalb der Armutsgrenze. Die höchste Konzentration der Armut findet sich im ländlichen Raum, insbesondere im trockenen Nordosten. In absoluten Zahlen leben aufgrund der hohen Urbanisierungsrate als Folge der Landflucht mehr Arme im städtischen Umfeld.

Durch die Agrarpolitik von Präsident FHC gerieten in den letzten vier Jahren – ebenfalls nach offiziellen Statistiken – 400.000 kleinbäuerliche Familienbetriebe in Konkurs und mussten ihre Höfe aufgeben.

Gleichzeitig verloren mehr als zwei Millionen Landarbeiter durch das Höfesterben, die Mechanisierung und die Extensivierung der Landwirtschaft ihre Arbeit.

Mit der Einführung der Währung Real im Juli 1994 sanken die Preise für landwirtschaftliche Produkte um 37,5%, während die Betriebsmittelkosten für Dünger, Pestizide und Saatgut um 60,1% stiegen. Gleichzeitig wurden die Agrarkredite in den letzten zehn Jahren von 14,2 Mio. Real auf 4,5 Mio. Real gekürzt. Schlimmer für die kleinbäuerliche Landwirtschaft ist jedoch, dass es seit Amtsantritt von FHC keine subventionierten Agrarkredite mehr gibt, sondern die Subventionen allein den Agrarexporten und der Vermarktung (Produktbörsen, future-bonds) vorbehalten sind und daher vornehmlich die Großgrundbesitzer, die Banken und Händler profitieren.

Bei der Kreditvergabe existierten bisher zwei Linien für die kleinbäuerlich-familiäre Landwirtschaft (PRO-NAF) und für die im Rahmen der Agrarreform angesiedelten Familien (PROCERA). Diese hat die Regierung im Rahmen ihres Programms „Novo Mundo Rural“ abgeschafft bzw. umgewandelt. Dabei wurden die Agrarentwicklungsprogramme der USA und der EU zum Vorbild genommen, die die Multifunktionalität des ländlichen Raumes hervorheben und unter verstärktem Einsatz von Technologie und versteckten Subventionen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft frei zu setzen um sie in Dienstleistungsbereichen des ländlichen Raumes u beschäftigen. Nach der brasilianischen Philosophie sollen sich daher nun auch in Brasilien die wenig konkurrenzfähigen Betriebe (Agrarreformansiedlungen, kleinbäuerlicher Besitz) an marktüblichen Zinsen für den Weltmarkt „emanzipieren“ oder eben weichen. Da es im brasilianischen Kontext keine Ausweichmöglichkeiten und Förderprogramme für die freigesetzten Bauern gibt, erhöhen sie lediglich die Zahl der Arbeitslosen. Und das, obwohl feststeht, dass die Landwirtschaft am ehesten geeignet ist neue Arbeitsplätze zu schaffen und ein agrarischer Arbeitsplatz mit 920 R\$ wesentlich preiswerter eingerichtet werden kann, als ein industrieller (19.000 R\$, Zahlen des Landwirtschaftssekretariats von Rio de Janeiro).

Die Erträge der brasilianischen Landwirtschaft sind in der Amtszeit Cardosos entsprechend gesunken. Trotz immer wieder propagierter Superernten der brasilianischen Landwirtschaft sank die Versorgung per capita. Waren 1995 noch 522,15 kg Getreide pro Kopf und Jahr verfügbar so liegt der Wert für 1999 bei 500,63 kg und im Jahr 2000 werden weniger als 496 kg/Kopf erwartet.

Sinkende Kaufkraft im Inland durch die Massenarbeitslosigkeit im Rahmen der Wirtschaftsliberalisierung und die Kursverluste des Real aufgrund der Wirtschaftskrise im Januar führen zu verstärkten Exporten. Im Jahr 1999 trug der (subventionierte) Export brasilianischer Agrargüter mit 11 Mrd. US\$ zum Staatshaushalts bei, während gleichzeitig 41 Mio. Brasilianer Hunger litten.

FHC versprach zu Beginn seiner Amtszeit im Rahmen der Agrarreform innerhalb von vier Jahren 280.000 landlose Familien, d.h. nicht einmal 6% der landlosen Bevölkerung, neu anzusiedeln. Fünf Jahre später hat er nach seiner Zählart sein Ziel fast erreicht: 254.792 angesiedelte Familien. Doch selbst staatliche Stellen geben zu, dass es sich in 27% der Fälle um bereits angesiedelte Familien handelte, deren Besitztitel nur noch zu unterzeichnen war und es sich bei weiteren 62% der Fälle in Amazonien um die einfache Umwandlung von langjährigen Kolonisten ohne offiziellem Landbesitztitel in Landbesitzer mit Bodentitel handelte. Letztlich bleiben knapp 10% der versprochenen neu angesiedelten Familien übrig (ca. 25.000), während gleichzeitig 400.000 Familienbetriebe in den Konkurs gingen.

So lässt sich die Situation der brasilianischen Landwirtschaft und ihrer Entwicklung unter FHC auf einige Aspekte zuspitzen:

- Die Förderung der Exportlandwirtschaft und des Handels unter den Bedingungen einer Weltmarktintegration statt einer bäuerlichen Landwirtschaft führten zu Massenarbeitslosigkeit und mangelhafter Inlandsversorgung. Beide Faktoren sind Gründe für den Hunger von heute 41 Millionen Brasilianern.

- Die Agrarreform unter FHC kommt nicht nur nicht voran, sondern der Prozess der Bodenbesitzkonzentration hat unter seiner Agrarpolitik noch zugenommen, da immer mehr Betriebe aufgeben mussten.
- Landkonflikte nehmen zu und die Straffreiheit der Täter setzt sich fort.
- Transnationale Konzerne werden subventioniert und mit allen Mitteln gefördert – man braucht nach dem Wirtschafts- und Währungs-crash im Januar 1999 zunehmend internationale Direktinvestitionen, damit die Wirtschaft trotz der Verschuldung in In- und Ausland nicht völlig kollabiert.

Doch setzt sich die brasilianische Zivilgesellschaft zunehmend gegen diese Politik ein. Die Landlosenbewegung MST hat im letzten Jahr eine neue Aktionsform ausgebaut: die pädagogischen Märsche. Neben der starken Beachtung in den Medien gelingt es der Landlosenbewegung auf ihren Fußmärschen über Tausende von Kilometern die Bevölkerung zu mobilisieren und zu solidarisieren. Unterwegs wird in Schulen, Kirchen, Gemeindesälen etc. Station gemacht und der Bevölkerung des Hinterlandes Vorträge über die Politik und spezifisch die Agrarpolitik angeboten. Der Erfolg dieser Aufklärung ist überwältigend und wird von der Regierung gefürchtet.

Der Marsch der 100.000 von Rio de Janeiro nach Brasília endete mit Massenkundgebungen gegen die neoliberale Politik Cardoso. Wichtiges Element ist bei den Märschen der Einbezug eines möglichst breiten Spektrums oppositioneller Kräfte, denn längst ist dem MST seine Vorreiterrolle, aber auch seine integrative Kraft in der Opposition als strategischer Vorteil bewusst geworden. Nur so wird es dem MST auf Dauer möglich sein, die Agrarreform als nationale Frage in einem weitgehend städtischen Brasilien in die Tagespolitik einzubringen und den neoliberalen Projekten einer Banco da Terra entgegenwirken zu können.

Nicht nur die Agrarreform auch die Landwirtschaft allgemein soll weltmarktfähig modernisiert werden und dabei setzt Brasilien auf die Bio- und Gentechnologie der Agrarmultis. In weniger als drei Jahren genehmigte die Nationale Technikkommission für biologische Sicherheit bereits 636 Freisetzungen genetisch veränderter Organismen. Insgesamt sind 176 Sorten betroffen, unter anderem auch für so wichtige Kulturen wie Reis, Mais, Kartoffel, Baumwolle, Zuckerrohr und Soja. Fast 90% dieser Sorten sind dabei von nur sechs multinationale Unternehmen patentiert.

Darunter befindet sich z.B. auch die Genehmigung für die Roundup Ready Sojabohnen (RRS) des Chemiemultis Monsanto. RRS ist genetisch so verändert, dass die Pflanzen gegen den Wirkstoff Glyphosat (einer der Wirkstoffe im firmeneigenen Totalherbizid Roundup) resistent sind. Da der Patentschutz für Roundup in diesem Jahr abläuft, ist das Saatgut für Monsanto nun besonders wichtig: nur wer einen Lizenzvertrag beim Kauf von RRS unterzeichnet, bekommt das Saatgut überhaupt. Im Vertrag verpflichtet er sich ausschließlich Roundup von Monsanto einzusetzen, stimmt jederzeitigen Kontrollen durch Monsanto zu und verzichtet unter Androhung hoher Strafen auf den Nachbau (Verwendung von Teilen der eigenen Ernte als Saatgut im Folgejahr). Schon 1997 wurden 20% der US-amerikanischen Sojaflächen, also 5 Millionen ha, mit RRS angebaut. In Argentinien waren es rund 2% der Anbaufläche.

Brasilien ist mit 11,66 Mio. Hektar Sojaanbaufläche nach den USA (24,94 Mio. ha) der zweitgrößte Produzent von Soja und weltweit der größte Exporteur von Sojaschrot und -öl, gefolgt vom Nachbarstaat Argentinien. Hauptabnehmer ist die EU: sie importiert 80% der brasilianischen und 78% der argentinischen Bohnen, sowie 80% bzw. 60% der Sojaschrotexporte.

Als bedeutende Welthandelsfrucht - wichtigste Ölfrucht und wichtigste Körnerleguminose - mit einer weltweiten Anbaufläche von 62,4 Millionen Hektar, wurde die Sojabohne schon frühzeitig für die Gentechnik interessant. Dabei ging es vor allem um zwei Aspekte: die landwirtschaftliche Produktion (Herbizid-, Insektizid und Soja-Mosaikvirusresistenz) und die industrielle Verwertbarkeit (höherer Methioningehalt des Eiweiß und höherer Öl- bzw. Linolsäuregehalt).

Doch in Brasilien verhinderte der Einspruch von Verbraucherorganisationen und Umweltschützern, dass es zur Genehmigung von RRS in Brasilien kam. Für Monsanto ein massives Problem, denn dadurch ist es

möglich, dass Europa – wo die Ablehnung gentechnisch manipulierter Nahrungsmittel rund 80% erreicht – weiterhin mit gentechnikfreiem Soja versorgt werden kann und dies unter dem einfachen Herkunftsnachweis.

Sojaprodukte finden sich heute in 20.000 - 30.000 Produkten unserer Ernährung. Ein Einzelnachweis wäre gar nicht in allen Fällen möglich, zudem sehr aufwendig und teuer. Eine ausreichende Kennzeichnung genmanipulierter Nahrungsmittel und -zusätze ist in der EU noch nicht in Sicht. Würde nun „durch die Macht des Faktischen“ der Widerstand der europäischen Bevölkerung gegen genmanipulierte Nahrungsmittel am Beispiel Soja gebrochen, wäre der Weg frei für weitere Produkte aus den Labors der Chemiekonzerne.

Monsanto hat nicht nur im Norden Saatgutfirmen aufgekauft (86,25 Mio US\$ für Calgene, 1,02 Mrd. US\$ für Holden's Foundation Seeds, 150 Mio US\$ für Agracetus, die Patente auf alle transgenen Sojapflanzen erhielt), sondern auch in Brasilien unliebsame Konkurrenz einfach übernommen.

Die Ziele von Monsanto oder Chemiefirmen liegen klar auf der Hand:

- der Bauer bleibt ohne Alternative zum Anbau mit gentechnisch manipuliertem Saatgut. Er muss das Saatgut und die Pestizide als Gesamtpaket kaufen und darf mit seiner Ernte keinen Nachbau betreiben, muss also jährlich neu einkaufen
- der Konsument bekommt keine gentechnikfreien Lebensmittel mehr und gibt seinen Widerstand aus Mangel an Ersatz und unzureichender Kennzeichnung auf.

Neben den bis heute nicht ausreichend geklärten Risiken der Gentechnik in der Ernährung und den Gefahren der Freisetzen für die Umwelt, geht parallel die Kulturpflanzenvielfalt mit großer Geschwindigkeit zurück. Da die Nationalstaaten nur ungenügend Mittel für den Erhalt der Kulturpflanzenvielfalt zur Verfügung stellen, was die FAO in ihrem Weltzustandsbericht zu den genetischen Ressourcen und der Kulturpflanzenvielfalt deutlich darstellte, verengt sich die Zukunft der Weltlandwirtschaft weitgehend auf die genetischen Ressourcen, die die Chemiekonzerne in ihren privaten Genbanken erhalten. Damit spielt sich die „zweite grüne Revolution“ nicht mehr in der Öffentlichkeit Internationaler Agrarforschungszentren, sondern in den Großkonzernen der agrochemischen Industrie ab.

Die Brasilianer wehren sich gegen diese Vereinnahmung. So war der Aufbau einer nationalen Front gegen transgene Lebewesen, die sich aus politischen Parteien, ONGs, Organisationen sowie Bauern und Bäuerinnen zusammensetzt, einer der Vorschläge, des „Internationalen Seminar zu Biodiversität und gentechnisch veränderte Lebewesen“, vom 24. - 25.6.99 in Brasília. Im Zusammenschluss haben 1999 mehr als zwanzig Nichtregierungsorganisationen das „Manifest für ein gentechnikfreies Brasilien“ beschlossen. Darin werden die Probleme für die Gesundheit der Konsumenten, der Rückgang der Kulturpflanzenvielfalt, die genetische Erosion, die unkontrollierte Genübertragung in der Natur, die Gefahren neuer „Superschädlinge“, die Monopolstellung der Chemiekonzerne, der Impact für die Umwelt und nicht zuletzt die verfehlte Regierungs- und Informationspolitik des Staates thematisiert.

Vorreiter einer anderen Politik ist der Bundesstaat Rio Grande do Sul. Ihn erklärte der Gouverneur Olívio Dutra, von der Arbeiterpartei PT, zur gentechnikfreien Zone. Unter Aufsicht seines Landwirtschaftsministers wurde illegal von Monsanto angebauter Genreis geerntet und an Ort und Stelle verbrannt. Mehrere tausend Personen demonstrierten auf einer ersten Massenkundgebung massiv gegen den Einsatz transgener Lebewesen. In ihrem Manifest definierten sie: "Die Zivilgesellschaft von Rio Grande do Sul legt hiermit ihre Entscheidung vor, durch die sozialen Bewegungen und Organisation, Umweltschutzverbände, Verbraucherorganisationen, Bauern und Bäuerinnen, Gewerkschaften, Landlose, Kooperativen und andere für eine von transgenen Lebewesen freie Welt zu arbeiten und dabei in Rio Grande do Sul zu beginnen. „Wir rufen die Organisationen und Bewegungen aus ganz Brasilien auf, derartige Demonstrationen durchzuführen und auf diese Weise unsere Stimmen und Arme zu einer Kette werden zu lassen die auf ungezählten Stellen des Planeten - gleich ob in Indien, Afrika, Europa oder anderen Brüdervölkern Lateinamerikas - für eine Welt frei von transgenen Lebewesen kämpft."

Olí vio, der schon dadurch von sich Reden machte, dass er die großzügig von seinem konservativen Vorgänger an General Motors bewilligten Subventionen strich und damit den Multi vergraulte, oder der Landlose bei ihren Besetzungen von Polizisten schützen lässt, sucht nun in Europa nach festen Abnehmern für die gentechnikfreien Produkte seines Bundesstaates. In diesem Jahr wird er dafür neben Italien auch Deutschland besuchen.

Neben diesen spektakulären Aktionen wachsen in Brasilien auch im kleinen die Alternativen und zeigen durch praktische Arbeit, wohin der Weg führen könnte. Da gibt es die brasilienweiten Tauschringe für angepasstes und erprobtes Saatgut, die in Capina (Kooperation und Unterstützung für alternative Projekte) organisiert sind und über ihre Zeitschrift „Circular Recopa“ einen Informationsaustausch für die bäuerliche Landwirtschaft geschaffen haben, sich genossenschaftlich organisieren, Erfahrungen und gentechnikfreies Saatgut austauschen. Andere Erfahrungen sind die der Zentren für alternative Landwirtschaft, von denen sich mittlerweile 23 im Rahmen des Netzwerkes für Alternative Technologien (Rede PTA) zusammengeschlossen haben und aktiv im ökologischen, standortgerechten Landbau wie auch der Saatgutfrage aktiv sind.

Der größte Produzent für alternatives Saatgut dürfte wiederum die Landlosenbewegung sein, die seit über acht Jahren auch an der Saatgutfrage arbeitet und insbesondere im Bereich des Gemüsesaatgutes große Erfolge erzielte. Die Cooperal-Kooperative, Rio Grande do Sul, besetzte bis heute erfolgreich 18.000 ha Land, auf dem heute mit Besitztiteln 700 Familien leben. Sie produzieren das „Bio-Natur“ genannte agroökologische Saatgut. Mit über 5.000 Tonnen Saatgut pro Jahr sind sie längst ein weit über den Bundesstaat hinaus verkaufendes Unternehmen geworden. Doch auch in diesen Strukturen wird die internationale Solidarität weiter groß geschrieben: die von Überschwemmungen betroffenen Kleinbauern Venezuelas erhielten im letzten Monat 408 kg hochwertiges Gemüsesaatgut und die Kleinbauernorganisation ANAP in Kuba 500 kg Saatgut für den Versuchsanbau.

Wolfgang Hees, geb. in Brasilien, Landwirtschaftsmeister und Geograf, ist Brasilienreferent bei Caritas international und Generalsekretär der Kooperation Brasilien, KoBra e.V. Im Nebenerwerb betreibt er ökologischen Landbau und ist Berater der Eichstetter Saatgutinitiative

Wem gehört das Saatgut?

Die Saatgutinitiative in Eichstetten am Kaiserstuhl, Süddeutschland

Während wenige transnationale Firmen aus dem Bereich Saatgut, Nahrungsmittel und Agrochemie bereits die Hälfte des Weltsaatgutmarktes kontrollieren und durch Abkommen wie TRIPS *Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights* (siehe Heft...) die Privatisierung des Saatgutsektors noch weiter vorangetrieben wird, hat sich in der 3000 Einwohner großen Gemeinde Eichstetten am Kaiserstuhl im Jahre 1999 eine kommunale Initiative aus Bauern und Bäuerinnen sowie Gärtner/ Gärtnerinnen gegründet, die ihr Saatgut für den Eigenbedarf und zum Verkauf in der Region selber produzieren will. Das Potential „alter“ Marktsorten, vor allem im Gemüsebereich, die nicht mehr durch Nachbaugebühren geschützt werden, soll ausgeschöpft werden. Durch Auslesezüchtung sollen „neue“ Sorten entstehen, die vom warmen Kaiserstühler Standort geprägt sind. Durch diese Aktivitäten kann für die Eichstetter Bevölkerung auch in Zukunft sichergestellt werden, dass das Saatgut und die landwirtschaftlichen Produkte auf umwelt- und sozialverträglichen Anbauweisen beruhen und nicht gentechnisch verändert sind.

Neben dem Ziel, neue Einkommensmöglichkeiten in der Landwirtschaft zu schaffen, sieht sich das Projekt der Eichstetter Saatgutinitiative der Umweltkonferenz in Rio 1992 verpflichtet, dort wurde der Erhalt der

Kulturpflanzenvielfalt als wichtige weltweite Aufgabe definiert. Denn so soll ein Erhaltungszuchtgarten mit traditionellen Obst-, Wein- und Gemüsesorten eingerichtet werden.

Im wichtigsten Bereich der Initiative „der Saatgutvermehrung und Auslesezüchtung“ werden in diesem Jahr bereits sieben Betriebe die ersten Erfahrungen auf ihren Höfen sammeln. Die Saatgutaufbereitung und Vermarktung soll gemeinsam als Kollektiv im Rahmen der Initiative erfolgen. Denn während sich Pflanzenzuchtkonzerne in der ganzen Welt Landsorten, Wildpflanzen und „lokales Wissen“ kostenlos angeeignet haben und aneignen und Bauern und Bäuerinnen für die „verbesserten“ gezüchteten Sorten Lizenzgebühr beim Nachbau und Verkauf des Saatgutes zahlen, soll das produzierte Eichstetter Saatgut und die Vielfalt der erhaltenen Sorten der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden. Um der Privatisierung entgegenzuarbeiten wird momentan im Projekt eine geeignete Trägerschaft gesucht, in der sich neben der idealen Rechtsform für die Aktivitäten auch die politische Meinung widerspiegelt.

Dass das Projekt auch politisch agieren möchte unterstreicht auch die Planung der Einrichtung einer Ländlichen Akademie, in der Fragen der Zeit in Bezug auf die Landwirtschaft und darüber hinaus diskutiert werden können.

Das Projekt steht nicht alleine und vernetzte sich bisher mit anderen deutschen, schweizerischen und österreichischen, französischen und brasilianischen Initiativen. In Brasilien sind die Landlosenbewegung MST, die NRO Terra Nova und der Bundesstaat Rio Grande do Sul die direkten Ansprechpartner. Dadurch ist auch die Möglichkeit vorhanden, dass sich die Eichstetter Bevölkerung mit Besuchern wie Olí vio Dutra aus Brasilien austauschen können.

Ansprechpartner/in: Anette Homlicher und Wolfgang Hees; Koordinationsbüro der Saatgutinitiative:
Hauptstrasse 57, D-79356 Eichstetten, Tel. 07663-942001, Fax 07663-942002
E-mail: gemeinde@eichstetten.de, homepage: www.eichstetten.de